

Ergebnisse des Seniorenforums 2026 der CDU Landtagsfraktion NRW

**Zweites Seniorenforum
am 4. September 2026 im Landtag Nordrhein-Westfalen**

Erfahrungen teilen und Politik mitgestalten

Erfahrungen teilen, Ideen entwickeln und Politik mitgestalten: Das zweite Seniorenforum der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen brachte am 4. September 2026 Seniorinnen und Senioren mit CDU- Abgeordneten ins Gespräch. Im Mittelpunkt standen Fragen, die den Alltag bewegen: Was braucht es für ein selbstbestimmtes Leben im Alter? Was erleichtert gesellschaftliche Teilhabe? Und wo wünschen sich ältere Menschen Unterstützung und Veränderungen von der Politik?

Auf Initiative von Klaus Hansen MdL und Britta Oellers MdL ins Leben gerufen, war das Seniorenforum bereits bei seiner Premiere 2025 auf Anhieb ein voller Erfolg.

Die zweite Veranstaltung griff das bewährte Konzept auf und zeigte erneut, wie viel ein offener, persönlicher Austausch bewirken kann. Die Teilnehmenden brachten ihre Erfahrungen und Anliegen ein, diskutierten mit den Abgeordneten und entwickelten gemeinsam konkrete Vorschläge. Der große Zuspruch auf beiden Seiten bestärkte die Initiatoren darin, diesen Dialog weiterzuführen.

Fraktionsvorsitzender Thorsten Schick MdL begrüßte die Teilnehmenden im Landesparlament und freute sich über die positive Resonanz auf das Seniorenforum.

Das Format bietet die wertvolle Gelegenheit, die Perspektiven älterer Menschen aus erster Hand kennenzulernen und für die parlamentarische Arbeit aufzugreifen.

Ein besonderer Höhepunkt war der Impulsvortrag von Innenminister Herbert Reul zur Kriminalität gegen Seniorinnen und Senioren. Sein Beitrag fand bei den Teilnehmenden große Anerkennung und wurde als besonders wertvoll empfunden. Er rückte den Schutz älterer Menschen in den Fokus und unterstrich die Bedeutung seines Engagements für ihre Sicherheit.

In vier Arbeitsgruppen vertieften die Teilnehmenden die Themen Kriminalität gegen Senioren, Mobilität im Alter, Hitzeschutz und Digitalisierung. Dabei kamen alltägliche Herausforderungen ebenso zur Sprache wie gute Erfahrungen und konkrete Verbesserungsvorschläge. Die nachfolgende Zusammenfassung hält diese Anliegen und Anregungen fest und macht sie für den weiteren politischen Austausch nutzbar.

Die vier Themen des Seniorenforums

1. Kriminalität gegen Senioren

Moderation: Klaus Hansen MdL

2. Mobilität im Alter

Moderation: Guido Görtz MdL

3. Hitzeschutz

Moderation: Britta Oellers MdL

4. Digitalisierung

Moderation: Dr. Anette Bunse MdL

1 Kriminalität gegen Senioren

Moderation: Klaus Hansen MdL

Sicherheit bedeutet, sich im eigenen Zuhause ebenso wie unterwegs unbeschwert bewegen zu können. Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit betrügerischen Telefonanrufen, digitalen Täuschungen und finanziellen Schäden ebenso wie mit der Sicherheit im öffentlichen Raum. Persönliche Erfahrungen machten deutlich, wie tief solche Straftaten in das Leben der Betroffenen eingreifen können.

Ein Gedanke zog sich durch die Diskussion: Gute Informationen sind vorhanden, doch sie müssen die Menschen rechtzeitig erreichen. Prävention, technische Schutzmaßnahmen und konsequente Strafverfolgung sollten deshalb besser ineinandergreifen. Auch dort, wo Täter über Ländergrenzen hinweg agieren, darf die Schwierigkeit der Ermittlungen nicht zum Hinnehmen der Zustände führen. Der Leitgedanke der Arbeitsgruppe lautete entsprechend: „Aufgeben ist keine Option.“

1.1 Telefonbetrug verhindern und organisierte Täterstrukturen verfolgen

Schockanrufe, falsche Polizeibeamte und andere Formen des Telefonbetrugs bildeten einen Schwerpunkt. Die Teilnehmenden würdigten das umfangreiche Informationsmaterial der Polizei. Als entscheidende Herausforderung sahen sie jedoch an, diese Hinweise zuverlässig und frühzeitig zu den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen.

In der Diskussion wurden arbeitsteilig organisierte Tätergruppen und im Ausland ansässige Callcenter angesprochen, unter anderem in der Türkei. Gefordert wurde, die Strafverfolgung stärker auf die organisatorischen Strukturen, Hintermänner und Geldflüsse auszurichten.

Ermittlungsverfahren mit Auslandsbezug wurden als besonders schwierig und ihr aus Sicht der Teilnehmenden teilweise unbefriedigender Ausgang als belastend beschrieben. Angeregt wurden deshalb eine engere internationale Zusammenarbeit sowie eine regelmäßige Überprüfung der technischen, personellen und rechtlichen Möglichkeiten der Ermittlungsbehörden.

1.2 Technische Schutzmöglichkeiten konsequenter nutzen

Manipulierte Rufnummern können einen vertrauten oder seriösen Absender vortäuschen. Die Arbeitsgruppe regte an, technische Möglichkeiten zur Erkennung solcher Täuschungen stärker zu nutzen und weiterzuentwickeln.

Dabei sollte insbesondere geprüft werden,

- ob verdächtige Anrufe automatisch gekennzeichnet werden können,
- ob deutliche Warnhinweise möglich sind, wenn die angezeigte Rufnummer und der tatsächliche Übermittlungsweg nicht zusammenpassen,

- ob bestehende Schutzvorgaben ausreichen und konsequent umgesetzt werden,
- wie Telekommunikationsanbieter stärker in die Warnung und den Schutz ihrer Kundinnen und Kunden einbezogen werden können.

Ein Teilnehmer verwies auf mögliche Hinweise zum Übermittlungsweg eines Anrufs in Routerprotokollen. Dieser Hinweis wurde als Anregung für eine technische Prüfung aufgenommen.

Auch bei betrügerischen Nachrichten wurden Verbesserungsmöglichkeiten angesprochen. Persönliche Erfahrungen mit unterschiedlichen Endgeräten führten zu dem Vorschlag, Schutzfunktionen von Geräten und Betriebssystemen zu prüfen und möglichst breit verfügbar zu machen. Eine allgemeine Bewertung einzelner Systeme nahm die Arbeitsgruppe nicht vor.

1.3 Bei Schockanrufen einfache Handlungsregeln einüben

Wissen allein schützt nicht in jeder Situation. Schockanrufe setzen gezielt auf Angst und Zeitdruck. Die Teilnehmenden betonten, dass selbst gut informierte Menschen dadurch so verunsichert werden können, dass besonnenes Handeln schwerfällt.

Einfache Verhaltensregeln sollten deshalb regelmäßig wiederholt und praktisch eingeübt werden:

- Das Gespräch beenden und auflegen.
- Angeblich betroffene Angehörige selbst unter ihrer bekannten Telefonnummer anrufen.
- Niemals Geld oder Wertgegenstände an unbekannte Personen übergeben.
- Keine Kontodaten, PIN oder TAN am Telefon nennen.

- Im Zweifel die Polizei über eine selbst gewählte, bekannte Nummer kontaktieren.
- Innerhalb der Familie ein persönliches Kennwort vereinbaren, das bei einer vermeintlichen Notlage abgefragt werden kann.

Darüber hinaus wurde angeregt, nicht mehr benötigte Einträge in öffentlich zugänglichen Telefonverzeichnissen löschen zu lassen, um mögliche Ansatzpunkte für eine gezielte Kontaktaufnahme zu verringern.

1.4 Über digitale Betrugsmaschen schneller informieren

Täuschend echt gestaltete E-Mails und Messenger-Nachrichten wurden als weitere Gefahr benannt. Geschildert wurde unter anderem eine vermeintliche Nachricht der Finanzverwaltung beziehungsweise aus dem ELSTER-Verfahren, die zu einer angeblichen Steuernachzahlung aufforderte. Auch betrügerische WhatsApp-Nachrichten wurden angesprochen.

Aus persönlichen Erfahrungen entstand der Eindruck, dass Warnungen vor neuen Betrugsmaschen die Bevölkerung teilweise zu spät erreichen. Gewünscht wurden schnellere, verständliche Hinweise, die über verschiedene Informationswege verbreitet werden und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

1.5 Banken und Sparkassen stärker in den Schutz einbeziehen

Berichte über nicht veranlasste Überweisungen und gefälschte Zahlungsaufträge verdeutlichten die möglichen finanziellen Folgen. Ein Teilnehmer schilderte eine Überweisung von 14.000 Euro auf ein Konto in Luxemburg, die nach seiner Darstellung nicht von ihm beauftragt worden war und nicht zurückgeholt werden konnte.

Auch ein versuchter Betrug zulasten eines Vereinskontos wurde beschrieben. Dabei wurden eine öffentlich zugängliche Unterschrift und eine veröffentlichte Bankverbindung als mögliche Grundlagen eines gefälschten Überweisungsauftrags angesprochen.

Die Arbeitsgruppe regte an, gemeinsam mit Banken und Sparkassen zusätzliche Sicherungsmöglichkeiten zu prüfen:

- Auffällige Zahlungsvorgänge, insbesondere ungewöhnlich hohe oder erstmalige Auslandsüberweisungen, genauer prüfen.
- Individuell einstellbare Überweisungslimits und zusätzliche Bestätigungen anbieten.
- Bei Vereinen und anderen Organisationen ein Vier-Augen-Prinzip vorsehen.
- Besondere Schutzangebote für ältere Kundinnen und Kunden entwickeln.
- Auf Wunsch eine kurze Rückfrage- oder Verzögerungsfrist bei außergewöhnlichen Überweisungen ermöglichen.
- Prüfen, ob öffentlich bekannt gegebene Konten für Zahlungseingänge technisch oder organisatorisch von ausgehenden Verfügungen getrennt werden können.

Banken und Sparkassen sollten zudem gemeinsam mit der Polizei regelmäßig über aktuelle Betrugsformen informieren. Schulungen durch Personen mit praktischer Erfahrung wurden als besonders hilfreich eingeschätzt.

1.6 Neue Bezahlssysteme verständlich und sicher gestalten

Bei neuen Bezahlssystemen, beispielsweise im öffentlichen Nahverkehr, wurden neben der Bedienbarkeit auch Sicherheitsfragen angesprochen. Einige

Teilnehmende äußerten Sorge vor dem Verlust oder der Entwendung ihrer Girocard und einer anschließenden missbräuchlichen Nutzung.

Gewünscht wurden leicht verständliche Informationen zum kontaktlosen Bezahlen, zu möglichen Begrenzungen oder einer Deaktivierung entsprechender Funktionen sowie zu den notwendigen Schritten bei Kartenverlust. Neue Angebote sollten so eingeführt werden, dass ältere Menschen sie mit Sicherheit und Vertrauen nutzen können.

1.7 Präventionsinformationen dorthin bringen, wo Menschen sind

Nicht alle älteren Menschen lesen eine Tageszeitung oder nutzen das Internet. Die Arbeitsgruppe sprach sich deshalb für eine Verbindung analoger und digitaler Informationswege aus.

Als positives Beispiel wurde eine Präventionskampagne aus Baden-Württemberg genannt, die mit großen Plakaten im öffentlichen Raum auf Betrugsmaschen aufmerksam mache. Entsprechende Hinweise wurden auch für Nordrhein-Westfalen angeregt, etwa an Haltestellen und Bahnhöfen sowie in Banken, Sparkassen, Apotheken, Arztpraxen und Bürgerbüros.

Darüber hinaus wurde ein regelmäßiges Fernsehformat nach dem Vorbild der früheren Sendung „Der 7. Sinn“ vorgeschlagen. Öffentlich-rechtliche und private Sender könnten damit konkrete Gefahren erläutern und praktische Hinweise für den Alltag vermitteln.

Der Wunsch nach verlässlicher Information reichte über die Kriminalprävention hinaus. Auch kommunale Mitteilungen erreichen ältere Menschen nach Wahrnehmung der Teilnehmenden nicht immer ausreichend. Daraus ergab sich die

Anregung, Informationswege insgesamt stärker an den tatsächlichen Lebensgewohnheiten der Menschen auszurichten.

1.8 Persönliche Anschreiben und Ansprechpersonen vor Ort ermöglichen

Am Beispiel Düsseldorf wurde diskutiert, wie ältere Menschen unmittelbar mit Präventionsinformationen erreicht werden können, ohne personenbezogene Daten an Seniorenvertretungen oder andere Dritte weiterzugeben.

Angeregt wurde, einen Versand durch die Stadtverwaltung selbst zu prüfen. Die Inhalte könnten gemeinsam von Seniorenrat, Polizei sowie gegebenenfalls Banken und Sparkassen bereitgestellt werden. Zu klären wären die Rechtsgrundlage, die Zuständigkeit und die Möglichkeit eines einmaligen oder regelmäßigen Versands.

Als organisatorischer Vergleich wurde das Verfahren bei der Düsseldorfer Seniorenratswahl angeführt, bei dem die zuständige städtische Stelle die Wahlunterlagen versendet.

Zugleich wurden gut erreichbare, persönliche Ansprechpersonen in Stadtteilen und Bezirksverwaltungsstellen gewünscht. Dort sollten ältere Menschen unkompliziert Fragen stellen, verdächtige Vorgänge schildern und Hinweise auf geeignete Hilfsangebote erhalten können. Eine engere Zusammenarbeit von Verwaltung, Polizei, Seniorenvertretungen und örtlichen Netzwerken könnte diese Unterstützung stärken.

1.9 Nachbarschaftliche Aufmerksamkeit fördern

Unter dem Motto „Nachbarn passen auf Nachbarn auf“ wurde eine Präventionsidee entwickelt, die Zusammenhalt und schnelle Information im Wohnumfeld verbindet.

Als mögliche Bestandteile wurden genannt:

- Freiwillige WhatsApp- oder Messenger-Gruppen.
- Telefonketten für Menschen ohne Smartphone.
- Regelmäßige Nachbarschaftstreffen.
- Informationsveranstaltungen mit der Polizei.
- Gegenseitige Hinweise auf aktuelle Betrugsmaschen.
- Feste Ansprechpersonen im Quartier.
- Unterstützung alleinlebender älterer Menschen.

Entscheidend ist dabei das persönliche Kennenlernen. Wer miteinander vertraut ist, fragt eher nach, erkennt ungewöhnliche Situationen und kann Unterstützung anbieten. Begegnungen im Wohnumfeld wurden deshalb als ebenso wichtig angesehen wie die Weitergabe von Warnmeldungen.

1.10 Sicherheit im öffentlichen Raum stärken

Mehrere Teilnehmende berichteten, dass ältere Menschen bestimmte Orte meiden oder sich abends nicht mehr allein auf die Straße trauen. Bahnhöfe, Haltestellen und einzelne innerstädtische Bereiche wurden als besonders unsicher wahrgenommen. Als Beispiele nannten Teilnehmende die Rathausplatte in Essen und Duisburg-Marxloh.

Ein geschilderter Diebstahl auf einem Friedhof verdeutlichte zudem, wie belastend der Verlust persönlicher Gegenstände sein kann.

Angeregt wurden eine stärkere sichtbare Präsenz von Polizei und Ordnungsdiensten sowie die Prüfung gezielter Videoüberwachung an besonders belasteten Orten. Dabei sollten die konkrete Gefahrenlage, die Wirksamkeit, der Datenschutz und die gesetzlichen Voraussetzungen berücksichtigt werden.

Neben der tatsächlichen Sicherheitslage sollte auch das Sicherheitsgefühl älterer Menschen stärker Beachtung finden. Gestaltung und Betreuung öffentlicher Räume müssen dazu beitragen, dass diese auch am Abend mit Vertrauen genutzt werden können.

1.11 Angemessene Reaktionen auf schwere und wiederholte Straftaten prüfen

Ein weiterer Diskussionspunkt betraf Straftaten junger Täter. Mehrere Teilnehmende äußerten Zweifel daran, ob strafrechtliche Reaktionen bei schweren oder wiederholten Taten ausreichend konsequent seien.

Angeregt wurde eine Überprüfung des Jugendstrafrechts und seiner Anwendung insbesondere bei Wiederholungs- und Intensivtätern. Dabei sollte zwischen jugendtypischen Verfehlungen und gezielten, wiederholten oder bandenmäßig begangenen Straftaten differenziert werden.

1.12 Aus Anregungen konkrete Schritte entwickeln

Die Arbeitsgruppe verband ihre Vorschläge mit dem Wunsch nach konkreten Prüfaufträgen und Maßnahmen. Im Mittelpunkt standen eine frühzeitige Prävention, wirksame technische Schutzmöglichkeiten, gut erreichbare Unterstützung und die konsequente Verfolgung organisierter Täterstrukturen.

Der Anspruch dahinter ist ebenso klar wie alltagsnah: Ältere Menschen sollen sich sicher fühlen können, Hilfe finden und darauf vertrauen dürfen, dass ihre Erfahrungen ernst genommen werden.

2 Mobilität im Alter

Moderation: Guido Görtz MdL

Mobilität bedeutet Selbstständigkeit. Sie ermöglicht den Einkauf, den Arztbesuch, den Weg zu Freunden und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Die Arbeitsgruppe betrachtete deshalb drei eng miteinander verbundene Bereiche: Angebote zur Daseinsvorsorge, den öffentlichen Personennahverkehr sowie Verkehr und Infrastruktur.

2.1 Selbstständigkeit erhalten und Versorgung erreichbar machen

Die Teilnehmenden betonten, dass Mobilität bei der persönlichen Beweglichkeit beginnt. Physiotherapie und weitere Angebote zur gesundheitlichen Vorsorge können dazu beitragen, Selbstständigkeit zu erhalten. Auch die Krankenkassen wurden dabei als wichtige Akteure angesprochen.

Ebenso entscheidend ist die Erreichbarkeit von Arztpraxen, Banken, Einkaufsmöglichkeiten und anderen Einrichtungen des täglichen Bedarfs. Eine seniorengerechte Quartiersplanung sollte frühzeitig berücksichtigen, wie ältere Menschen diese Ziele erreichen können – auch ohne eigenes Auto.

2.2 Den öffentlichen Nahverkehr zugänglich und bezahlbar gestalten

Die Kosten des öffentlichen Personennahverkehrs wurden als mögliche Hürde benannt. Angeregt wurde, Seniorinnen und Senioren eine kostenlose Nutzung zu ermöglichen. Auch ein kostenloses Angebot nach freiwilliger Abgabe des Führerscheins wurde diskutiert, um den Wechsel vom Auto zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu erleichtern.

Veränderungen im Ticketangebot sollten die Bedürfnisse älterer Fahrgäste berücksichtigen. Als Beispiel wurde der Wegfall vertrauter Angebote wie des Barentickets im VRR angesprochen. Gewünscht wurden verständliche Tarife und übersichtliche Ticketangebote.

Die Digitalisierung des Ticketkaufs darf Menschen ohne Smartphone oder entsprechende Kenntnisse nicht ausschließen. Fahrkarten sollten weiterhin auch auf nichtdigitalem Weg erhältlich sein. Wo Barzahlung nicht möglich ist, wurden einfach nutzbare Chipkarten als mögliche Alternative genannt.

Darüber hinaus wurden folgende Anliegen hervorgehoben:

- Linien- und Schülerverkehre besser aufeinander abstimmen und Möglichkeiten ihrer Verknüpfung prüfen.
- Verbindungen und Fahrpläne generationen- und bedarfsgerecht gestalten.
- Auch bei Ersatzverkehren auf eine seniorengerechte Nutzung achten.
- Haltestellen und Fahrzeuge barrierefrei gestalten und die Bedürfnisse sehbehinderter Menschen berücksichtigen.
-

2.3 Sichere Wege und geeignete Parkmöglichkeiten schaffen

Bei Parkplätzen wurden ausreichende Größe, gute Erreichbarkeit und vertretbare Kosten gefordert. Die Größe der Stellflächen sollte auch der Entwicklung der Fahrzeugmaße Rechnung tragen. Der Abbau innenstadtnaher Parkmöglichkeiten wurde kritisch angesprochen, unter anderem am Beispiel Essen.

Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, die die Voraussetzungen für die Nutzung eines Behindertenparkplatzes nicht erfüllen, wurde eine zusätzliche Parkplatzkategorie als mögliche Zwischenlösung vorgeschlagen. Sie könnte kürzere Wege ermöglichen.

Im öffentlichen Raum sollten Hindernisse reduziert und geeignete Bodenleitsysteme vorgesehen werden. Die Bedürfnisse sehbehinderter Menschen müssen bei der Gestaltung von Wegen und Verkehrsflächen mitgedacht werden.

Auch ausreichend lange Grünphasen an Ampeln wurden als wichtiges Anliegen benannt. Als Anregung wurde ein Modell aus Singapur angeführt, bei dem ältere Menschen mithilfe einer Chipkarte die Querungszeit verlängern können.

Mehr Sitzbänke und geeignete Orte für Pausen würden Wege zusätzlich erleichtern. Eine vorausschauende Verkehrs- und Quartiersplanung sollte solche Bedürfnisse von Beginn an einbeziehen.

2.4 Mobilitätsangebote verbinden und Begegnungen ermöglichen

Die Teilnehmenden sprachen sich dafür aus, unterschiedliche Verkehrsträger stärker miteinander zu vernetzen. Bürgerbusvereine könnten durch bedarfsgesteuerte Angebote wie Ruf- oder Sammeltaxis ergänzt und weiterentwickelt werden.

Als Beispiele wurden Fahrdienste der Johanniter in Siegburg sowie ein ehrenamtliches Angebot in Brüggen genannt, das Menschen für einen Euro pro Fahrt unter anderem zu Arztterminen oder zum Einkaufen bringt.

Auch der Verein „Radeln ohne Alter“, der Ausfahrten mit Fahrradruckschach ermöglicht, wurde angesprochen. Solche Angebote schaffen neben Mobilität auch persönliche Begegnungen und können dazu beitragen, Einsamkeit vorzubeugen.

Für die Weiterentwicklung der Infrastruktur wurden außerdem KI-gestützte Leitsysteme als mögliche Unterstützung genannt.

2.5 Rücksicht und ein gutes Miteinander im Straßenverkehr stärken

Eine Kampagne für mehr Rücksicht und gegenseitigen Respekt wurde als wichtiger Beitrag zu einem sicheren Straßenverkehr angeregt.

Bei der Aufteilung des Verkehrsraums sollten die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmenden berücksichtigt werden: Menschen zu Fuß, auf dem Fahrrad, im Auto sowie Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel. Die Niederlande wurden mehrfach als Vorbild für den Rad- und Zweiradverkehr genannt, insbesondere hinsichtlich der baulichen Trennung verschiedener Verkehrswege.

Für Leihfahrräder und E-Scooter wurden verbindliche Abstellbereiche und eine stärkere Verantwortung der Nutzenden gefordert. Diskutiert wurde auch, die Abrechnung erst dann zu beenden, wenn ein Fahrzeug ordnungsgemäß abgestellt ist. Damit sollen Gehwege frei und sicher nutzbar bleiben.

3 Hitzeschutz

Moderation: Britta Oellers MdL

An heißen Tagen entscheidet sich Lebensqualität auch daran, ob der Weg durch die Stadt Schatten bietet, Trinkwasser erreichbar ist und ein kühler Rückzugsort zur Verfügung steht. Die Arbeitsgruppe betrachtete Hitzeschutz deshalb als gemeinsame Aufgabe von Stadtplanung, Gebäudegestaltung, gesundheitlicher Vorsorge und praktischer Unterstützung im Alltag.

3.1 Städte und Gemeinden auf hohe Temperaturen vorbereiten

Bei der Stadtplanung sollten Lüftungsschneisen berücksichtigt und erhalten werden. Mehr Verschattung, zusätzliche Grünflächen und Stadtbäume können dazu beitragen, die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu verbessern.

Angeregt wurden insbesondere:

- Versiegelte Flächen entsiegeln und zusätzliche Möglichkeiten zur Begrünung schaffen.
- Wasserelemente und öffentlich zugängliche Trinkbrunnen einrichten.
- Große Glasfronten im Hinblick auf die Aufheizung von Gebäuden kritisch betrachten und reduzieren.
- Für helle beziehungsweise weiße Fassaden und Dächer werben, um die Aufheizung zu verringern.
-

3.2 Kühle Aufenthaltsorte sichtbar und zugänglich machen

Gewünscht wurde eine örtliche Übersicht über „kühle Orte“, an denen Menschen an heißen Tagen Schutz und Erholung finden können. Dazu zählen beispielsweise Kirchen, geeignete Geschäfte und öffentliche Einrichtungen.

Solche Aufenthalts- und Rückzugsorte sollten insbesondere für Seniorinnen und Senioren gut auffindbar und erreichbar sein. Eine entsprechende Übersicht könnte dabei helfen, Wege und Aufenthalte an heißen Tagen besser zu planen.

3.3 Verständlich informieren und Gebäudeberatung anbieten

Informationen zum Hitzeschutz sollten einfach verständlich und im Alltag umsetzbar sein. Als Beispiele wurden feuchte Wickel, Fächer und Sonnenhüte sowie Hinweise auf eine ausreichende Flüssigkeitszufuhr genannt.

Auch Fragen des Wassermanagements wurden angesprochen. Insgesamt sollte die Sensibilisierung für Klima- und Hitzeschutz gestärkt werden.

Für private Gebäude wurden Hitzeschutzberatungen angeregt. Bei Neubauten und Sanierungen sollten energetische und klimaneutrale Planung sowie der sommerliche Hitzeschutz gemeinsam berücksichtigt werden.

3.4 Persönliche Ansprache und Unterstützung organisieren

Ein Hitzetelefon beziehungsweise private Telefonketten können dazu beitragen, an heißen Tagen Kontakt zu besonders gefährdeten Menschen zu halten. Auch Ärztinnen und Ärzte könnten motiviert werden, vulnerable Patientinnen und Patienten gezielt anzusprechen.

Als weitere praktische Anregung wurde die Ausgabe von Wasser in Bussen genannt.

3.5 Begrünung umsetzen und Finanzierung ermöglichen

Begrünungsmaßnahmen sollten nicht nur vorgesehen, sondern ihre Umsetzung auch überprüft werden. Bei der Pflanzenauswahl wurde der Einsatz hitzeresistenter Arten angeregt.

Die Arbeitsgruppe sprach sich außerdem dafür aus, Finanzierungsmöglichkeiten beziehungsweise Förderangebote zur Kühlung von Räumen zu prüfen.

Erfolgreiche Modellprojekte sollten als Vorbilder genutzt werden. Durch die Übertragung bewährter Maßnahmen auf weitere Kommunen könnten vorhandene Erfahrungen breiter zugänglich gemacht werden.

4 Digitalisierung

Moderation: Dr. Anette Bunse MdL

Ein Arzttermin lässt sich leichter vereinbaren, eine Nachricht erreicht die Familie in Sekunden, ein alltäglicher Vorgang wird einfacher: Digitalisierung eröffnet viele Möglichkeiten. Die Arbeitsgruppe machte zugleich deutlich, dass diese Vorteile nur dann allen zugutekommen, wenn Zugang, Verständlichkeit und Unterstützung mitgedacht werden.

4.1 Ausgrenzung verhindern und Befürchtungen ernst nehmen

Die Teilnehmenden äußerten die Sorge, dass Menschen ohne digitale Ausstattung oder Kenntnisse zunehmend vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Besonders angesprochen wurden die Abhängigkeit von digitalen Angeboten bei der Mobilität und die fortschreitende Digitalisierung im Gesundheitswesen.

Digitale Teilhabe wurde ausdrücklich auch als soziale Frage verstanden. Die Anschaffung und der wiederkehrende Austausch von Geräten können finanzielle Belastungen verursachen. Zugleich wurde auf die Gefahr von Altersdiskriminierung hingewiesen, wenn Angebote die unterschiedlichen Voraussetzungen älterer Menschen nicht berücksichtigen.

Weitere Befürchtungen betrafen:

- Kriminalität im digitalen Raum.
- Die mögliche Beeinflussung durch digitale Anwendungen, beispielsweise künstliche Intelligenz.
- Eine wachsende Abhängigkeit von digitalen Systemen.

4.2 Analoge und digitale Zugänge parallel anbieten

Für den Übergang wurde eine Zweigleisigkeit von analogen und digitalen Angeboten gefordert. Behördengänge sollten weiterhin auf analogem Weg möglich sein, beispielsweise bei der Finanzverwaltung.

Auch öffentlich zugängliche Angebote wie der Kauf von ÖPNV-Tickets sollten ohne Smartphone nutzbar bleiben. Analoge Anlaufstellen sollten kostenlos sein.

Für Not- und Katastrophenfälle wurden Warnsysteme gefordert, die unabhängig von digitalen Endgeräten funktionieren und auch Menschen ohne entsprechende Ausstattung erreichen.

4.3 Technik verständlich und bezahlbar gestalten

Digitale Angebote sollten barrierefrei, sicher, bezahlbar und möglichst selbsterklärend sein. Auch die Anbieter wurden in der Verantwortung gesehen, eine einfache Nutzung zu ermöglichen und verständliche Einführungen sowie Schulungen für ihre Systeme bereitzustellen.

Angeregt wurden Förderprogramme für seniorengerechte Technik sowie eine finanzielle Unterstützung von Hilfsangeboten zur Stärkung digitaler Kompetenzen.

4.4 Persönliche Unterstützung vor Ort ausbauen

Die Teilnehmenden wünschten sich mehr unmittelbar erreichbare Hilfe bei digitalen Fragen. Dazu wurden insbesondere folgende Vorschläge entwickelt:

- Digitalbeauftragte in Pflegeheimen als feste Ansprechpersonen.
- Informations- und Hilfspunkte bei Behörden, im ÖPNV und in öffentlichen Einrichtungen.
- Ehrenamtliche Digitalpatinnen und Digitalpaten, die ältere Menschen bei konkreten Fragen begleiten.

Solche Angebote sollten einen niedrigschwelligen Einstieg ermöglichen und auch diejenigen erreichen, die bislang wenig Erfahrung mit digitalen Anwendungen haben.

4.5 Digitale Kompetenzen stärken und Angebote bekannt machen

Fortbildungen sollten sowohl den Umgang mit Geräten als auch die Nutzung von Programmen und Anwendungen vermitteln. Der Zugang zu diesen Angeboten sollte barrierefrei gestaltet sein.

Arztpraxen, Behörden, Unternehmen und andere Einrichtungen wurden als wichtige Vermittler angesprochen. Sie sollten Unterstützungsangebote aktiv bekannt machen und Menschen bei Bedarf darauf hinweisen.

4.6 Chancen für den Alltag nutzen

Neben den Herausforderungen wurden die Vorteile der Digitalisierung ausdrücklich benannt. Digitale Anwendungen können die Terminvereinbarung, beispielsweise in Arztpraxen, erleichtern, Kommunikation vereinfachen und Kosten sparen.

Entscheidend ist, dass diese Möglichkeiten verständlich zugänglich werden und zu einer spürbaren Erleichterung des Alltags beitragen.

Fazit

Das Seniorenforum gemeinsam weitertragen

Politik gewinnt, wenn sie genau hinhört. Beim Seniorenforum traf parlamentarische Arbeit auf die Erfahrung eines gelebten Alltags – und damit auf einen aufmerksamen Blick dafür, was gelingt, was unnötig schwerfällt und wo sich etwas bewegen sollte.

Aus persönlichen Beobachtungen wurden gemeinsame Anliegen, aus Fragen konkrete Vorschläge.

Für Klaus **Hansen** MdL und Britta **Oellers** MdL liegt darin der besondere Reiz dieses Formats: Menschen kommen ins Landesparlament, bringen ihre Sicht der Dinge mit und gestalten das Gespräch. Demokratische Teilhabe erhält hier eine persönliche Stimme. Und das Haus der Bürgerinnen und Bürger wird ganz selbstverständlich zu dem Ort, den sein Name verspricht.

Ein guter Austausch darf nachwirken – auch über den Veranstaltungstag hinaus. Vielleicht ergibt sich im Freundeskreis, in der Nachbarschaft oder im Verein die Gelegenheit, davon zu erzählen. Diese Zusammenfassung darf dabei gerne die Runde machen. Wenn daraus Neugier entsteht und 2027 weitere Seniorinnen und Senioren den Weg ins Parlament finden, wäre das eine besonders schöne Fortsetzung eines Gesprächs, das noch manches bewegen kann.